

Anmerkungen zum Haushalt 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Vöhringer,
sehr geehrte Herren Bürgermeister,

welch seltsame Stimmung herrscht derzeit im Sindelfinger Gemeinderat? Da sprudeln die Gewerbesteuermillionen, aber die Stimmung bleibt vorsichtig ausgedrückt, verhalten. Warum ist das so? Nun, wir haben zwar ein Gewerbesteueraufkommen von 70 Millionen; ein Plus von gut 45 Millionen; aber wir wissen nicht ganz genau, wovon das kommt. Die einzige plausible Vermutung ist die, dass da ein ganz großer Anteil aus Nachzahlungen besteht, die auf Grund eines deutlich besseren Wirtschaftsjahres 2010, gegenüber der Prognose Ende 2009, aufgelaufen sind. Da denkt automatisch jeder an die Ausgleichszahlungen für Kommunen mit mangelnder Steuerkraft, die dann in Bälde fällig sind. Zum anderen lässt die Prognose im mittelfristigen Haushalt vermuten, dass das um die Nachzahlungen bereinigte Gewerbesteueraufkommen so ungefähr im Schnitt der letzten zehn Jahre liegt; kein Grund zu überschäumender Freude. Und die Rechnung ergibt ja auch tatsächlich trotz dieser vorsichtigen Annahmen ein wachsendes Defizit im Verwaltungshaushalt und eine Verschuldung von fast 100 Millionen im Jahr 2014. Und das ohne großartige neue Projekte.

Vor allem das Wechselbad von Einnahmen aus den und Ausgaben in die Töpfe des kommunalen Finanzausgleiches lässt auf einen ersten Antrag der grünen Fraktion kommen: Ist es denn nicht möglich, einen Fonds zu schaffen, in den die Einnahmen fließen und aus dem laufende Gelder entnommen werden, die nach einem langjährigen Durchschnittswert gerechnet sind. So ein System würde uns viel mehr Planungssicherheit geben und natürlich auch die kommunalen Ausgleichszahlungen bereinigen; das Ganze also übersichtlicher gestalten. Wir bitten die Verwaltung, dies zu prüfen.

Wenn die oben geäußerten Vermutungen über größere einmalige Nachzahlungen richtig sind, dann sind die im Haushalt 2011 angelegten Schwerpunkte im Vermögenshaushalt richtig gesetzt. Der größte Brocken ist dem Thema „Bildung und Betreuung“ geschuldet. Zum einen, weil dies über alle Fraktionen hinweg seit Jahren der Schwerpunkt aller Parteien ist, zum anderen aber auch, weil wir mittlerweile gar nicht mehr Herr der Entwicklung sind, sondern vom Land gesetzte Maßstäbe in der Kleinkinderbetreuung umsetzen müssen. Trotz aller Freude über diese Einigkeit gilt es drei Punkte ständig im Auge zu behalten: Erstens: Wie passen Ausbau und Errichtung von Kindertagesstätten und die demografische Entwicklung zusammen? Zweitens: Wo planen wir immer noch auf einem Niveau, das wir uns nicht mehr leisten können? Es ist ganz sicher richtig und weitsichtig, im Allmendäcker eine Kindertagesstätte so zu bauen, dass sie irgendwann auch anders genutzt werden kann. Aber die im Raum stehenden Kosten sind nicht tragbar. Drittens: Wie können wir langfristig die finanziellen Belastungen, die wir im Betreuungsbereich der Schulen übernommen haben, sichern? Hier wäre eine laufend aktualisierte Gesamtübersicht hilfreich.

Die angesetzten 4,5 Millionen für die Verkehrsinfrastruktur sind ebenso richtig und schlüssig wie die 3,5 Millionen für Stadtbild/Stadtsanierung und Grunderwerb. Ich sage auch

ausdrücklich „ja“ zur Umgestaltung des Marktplatzes. Ich denke, dies ist nicht nur wegen des anstehenden Stadtjubiläums wichtig, sondern auch um ein Zeichen zu setzen, wie Gemeinderat und Verwaltung zur Innenstadt stehen. Natürlich weiß ich, das wir schon seit 20 Jahren über die Themen Rathausvorplatz, Marktplatz, Feger Nord, Postareal, Bahnhof reden und ich weiß auch, das das Stern-Center die Erwartungen nicht erfüllt hat. Aber ich weiß auch, wenn wir nicht mehr darüber reden, passiert auch nichts. Diese Punkte waren und bleiben zentral wichtig für die Innenstadt. Es sei denn: Wir geben die Innenstadt auf. Wenn das – hoffentlich – keiner will, muss vor allem auch die Wirtschaftsförderung vollen Einsatz bringen und hier einen Schwerpunkt ihrer Arbeit setzen. Ich höre in diesem Saal immer nur Bekenntnisse zur Innenstadt – jetzt ist Handeln erforderlich.

Im Bereich Vermögenshaushalt erwarten wir 2011 auch eine Aussage oder Einigung, wie es beim Thema Sportplätze, Glaspalast, Bäder weitergehen soll. Das gilt ebenso für die Thematik Galerie und Stadtmuseum. Ich denke, wir müssen Pläne erstellen und sagen, wo wir in dieser Stadt hin wollen.

Die Zeit ist offensichtlich noch nicht reif, um über Themen wie Bürgerhaus und Ortschaftsverwaltungen zu sprechen. Ich will es an dieser Stelle trotzdem tun, weil ich glaube, dass man auch zunächst Unvorstellbares benennen muss, damit man einen Denkprozess anfangen kann. Nach Aussage von Maichinger Ortschaftsrätinnen ist das Bürgerhaus ständig überheizt und aus energetischer Sicht eine Fehlplanung. Bevor wir da eine neue Heizung oder andere energetische Sanierungen planen, sollten wir wissen, ob sich die Maichinger ein Leben ohne Bürgerhaus vorstellen können. Dazu muss man miteinander reden. Aber wie gesagt, ich denke, die Zeit ist noch nicht reif um hier Anträge zu stellen, aber sie muss reif sein für das gemeinsame Gespräch. Ich erlaube mir an dieser Stelle auch daran zu erinnern, dass der Weg von Maichingen in das Badezentrum kürzer ist, als vom Goldberg ins Badezentrum. Und verweise darauf, dass ich, von der Tätigkeit als Gemeinderat abgesehen, eigentlich nur alle 10 Jahre zum Rathaus gehe.

Eine Investition wäre uns besonders wichtig, auch wenn sie den Haushalt nur am Rande berührt. Das von den Stadtwerken geplante und initiierte GuD-Kraftwerk muss aus unserer Sicht kommen. In einem GuD werden die Vorteile von Gasturbinenkraftwerken und Dampfturbinenkraftwerken gekoppelt. Beim GuD wird die Abwärme der Gasturbinen zum Antrieb der Dampfturbine benutzt. Damit werden Nutzungsgrade erzielt, die es bei anderen Kraftwerken so nicht gibt. Wenn man das mit dem Ausbau der Fernwärme verbindet, könnten wir einen gigantischen Betrag zur CO₂ – Minderung leisten. Man muss das aber nicht nur ökologisch betrachten. Auch wenn man rein nach ökonomischen Gesichtspunkten vorgeht, ist das Projekt richtig und zukunftsweisend. Es schafft Dienstleistung, Arbeitsplätze und Aufträge. Ein solch innovatives Kraftwerk passt in unseren von Hightech geprägten Raum und stärkt die Wirtschaftskraft in Sindelfingen und Böblingen. Im Übrigen wäre uns nichts lieber, als dieses Kraftwerk auf Sindelfinger Gemarkung zu bauen; aber ob seiner Bedeutung für diesen Raum nehmen wir auch einen Standort in Böblingen in Kauf.

Das Kernproblem in Sindelfingen liegt nach wie vor im Verwaltungshaushalt. Wenn man die mittelfristig zu erwartenden Einnahmen so wie vorgelegt akzeptiert, liegt es irgendwo zwischen 10 und 20 Millionen im Jahr. Wir Grüne würden diesen Gewerbesteueransatz keinesfalls erhöhen, weil wir eine nachhaltige Politik für Sindelfingen machen wollen. Wir sind deshalb zurückhaltend mit neuen Forderungen; auch mit solchen, die urgrüne Anliegen sind. Wir folgen einem alten grünen Ansatz, der besagt, dass wir unseren Kindern eine lebenswerte Stadt hinterlassen wollen. Und dies gilt nicht nur für das Thema Umwelt sondern gerade auch für das Thema Finanzen. Eine übermäßige Schuldenpolitik würde den Gestaltungsspielraum für die kommende Generation unzulässig einschränken. Des-

halb müssen wir alle Kraft einsetzen, dieses Loch im Verwaltungshaushalt nach und nach zu schließen.

Was können wir tun? Im Grunde nur eins: Aufgabenabbau, Anpassung der Infrastruktur an das Einkommen; so weit möglich und damit verbunden, eine Verringerung der Personalstellen. Wenn man dieser Politik folgt, werden wir Grüne uns dafür einsetzen, dass dies ohne Kündigungen geschieht.

Herr Gangl hat uns gezeigt, dass sich der Personalstand in den letzten Jahren nicht mehr verringert hat und für die Zukunft ist mit einer Erhöhung zu rechnen, da das Land den Ausbau der Krippenplätze zwingend vorschreibt und auch den Personalschlüssel in den Kindertagesstätten erhöht.

Wir müssen deshalb die Entwicklung der Kinder- und Schülerzahlen in allen Schulen beobachten. Durch die Grundschulwelt ging ein fast ungläubiges Staunen, als bekannt wurde, dass plötzlich keine Grundschule mehr von Schließung bedroht ist.

Wir müssen uns auch fragen, ob wir uns weiterhin ein Kinderbüro und z.B. den Abenteuerspielplatz leisten wollen. Das eine ist eine Arbeit, die zu weiten Teilen nicht direkt am Kind erfolgt und deshalb aus meiner Sicht verzichtbar ist. Das andere eine Einrichtung, die nicht unbedingt überlaufen ist. Ich sage das, wohl wissend, dass wir die Diskussion um den Abenteuerspielplatz gerade erst beendet haben, aber wenn wir mittelfristig über die künftige Struktur der Einrichtungen nachdenken, muss das ein Thema sein.

Wir müssen auch fragen, ob wir uns weiterhin eine Gleichstellungsbeauftragte oder eine Migrationsbeauftragte leisten wollen. Für Gleichstellung sorgen können auch gute Amtsleiter - die haben wir. Und wenn der Gemeinderat in diesen Positionen mehr Frauen sehen will, hat er die Mittel, dies mittelfristig auch umzusetzen. Beim Thema Integration, Migration denke ich, bedingt durch Erfahrungen in jüngster Zeit, dass direkter Kontakt mehr bewirken kann, als herkömmliche „Ausländerarbeit“. Wir sollten in unseren Köpfen so weit kommen, dass wir alle Sindelfinger sind. Ich habe den Eindruck, dass staatliche Stellen oft irgendwelche Beauftragte einsetzen, um den Anschein zu erwecken, dass etwas getan wird. Dabei schiebt man aber auch die eigene Verantwortung ab. Das ist übrigens nicht nur beim Staat so.

Auch um den Oberbürgermeister herum könnten wir uns Einsparungen vorstellen, denn die Aufgaben und Projekte, die die Stadt in struktureller Hinsicht voran bringen sollen, können auch, abgestimmt mit der obersten Führung, Aufgaben der Wirtschaftsförderung sein. In dem Zusammenhang möchte ich auch die Bitte erneuern, mit der Stadt Böblingen Gespräche über eine gemeinsame Wirtschaftsförderung zu führen.

Wenn wir die Innenarbeiten der Verwaltung untersuchen, sind wir, wenn es um Aufgabenabbau oder weniger Arbeit durch Umstrukturierung oder vereinfachte Prozessabläufe, auf den Sachverstand aller Mitarbeiter angewiesen. Eine führende Rolle haben dabei unstrittig unsere Amtsleiter, aber auch von uns ausdrücklich gewünscht, der Personalrat.

Ich denke, ein solches Unterfangen lässt sich nur umsetzen, wenn wir einen Gedanken von Rödl und Partner umsetzen, von dem wir wissen, dass der Oberbürgermeister auch damit liebäugelt: ein Neuaufbau der gesamten Verwaltung. Aus unserer Sicht müssen dabei die Vorzeichen sein: weniger Amts- oder Bereichsleiter aber diese dafür mit wesentlich gestärkter Verantwortlichkeit. Kleine Ämter, wie z.B. das Sportamt oder auch künftig das Sozialamt sind zu teuer.

Uns ist bewusst, dass wir zu den Zahlen des Haushaltes 2011 nicht sehr viel gesagt haben. Das ist so, weil wir denken, dass die Verwaltung mit den vorgelegten Zahlen im Kern richtig liegt. Mäßige Investitionen in Bereichen, die nachvollziehbar sind und die auch in weiten Teilen in unserem Wahlprogramm stehen. Viele Rücklagen zu bilden ist ohne Frage auch richtig, weil auch uns die Einmaligkeit dieses Haushaltes bewusst ist.

Kleinere Stellschrauben, an denen man noch drehen kann, werden wir dann in den ganz-tägigen Haushaltssitzungen benennen.

Unser heutiges Ziel ist es vor allem, aufzuzeigen, in welche Richtung sich die Stadt künftig bewegen muss.

Dabei ist unser oberstes Ziel, die Entwicklung des Schuldenstandes überschaubar zu halten.

Für den Vermögenshaushalt heißt dies: Investitionen im Kindertagesstätten- und Schulbereich, wo notwendig, bei immerwährender Kontrolle der Kinder- und Schülerzahlen und gegebenenfalls auch einen Rückbau ins Auge zu fassen. Ein gutes Kindertagesstätten- und Schulkonzept misst man nicht in Kubikmetern umbauten Raumes.

Nach wie vor gilt für uns auch, die Entwicklung der Innenstadt zu fördern. Eine lebendige Innenstadt lebt nicht nur von Gaststätten, sondern auch von Einkaufsmöglichkeiten. Der S-Bahn-Anschluss erfordert zwingend eine Anbindung vom Bahnhof zur Planie, zum Marktplatz.

Für den Verwaltungshaushalt ist die mittelfristige Schließung des strukturellen Defizits, also der Tatsache, dass man mehr ausgibt, als einnimmt, oberstes Gebot. Das bedeutet Aufgabenabbau. Ich habe weiter oben Beispiele genannt, wie dies geschehen kann. Und ich möchte noch mal sagen, das sind nur Beispiele. Da sind Gedanken, die nicht mal die ganze grüne Fraktion teilt. Ich bin aber überzeugt, dass man nur weiterkommt, wenn man anfängt über Konkretes nachzudenken und zu diskutieren. Schulden abbauen will jeder und solange nichts konkret verhandelt wird, sind alle dafür. Sobald aber ein Punkt im Raum steht, findet sich sofort eine Gruppe, die genau erklärt, warum das gerade nicht geht. Diese Diskussionen sind unumgänglich und wir müssen lernen, sie stets mit dem Blick auf das Ganze zu führen. Dazu muss Jeder und Jede einen Beitrag leisten.

Zwei Kleinigkeiten am Rande: Vor Weihnachten hat mich mein Elternbeiratsvorsitzender gefragt, ob die Steuerquellen wieder sprudeln. Hintergrund: Die Absage der planmäßigen Schulbeiratssitzung – 1 Blatt Din A4 – kam per Post im großen Umschlag.

Die Broschüre „Schuljahr in Zahlen“ erhalte ich dreimal; als Realschulleiter, Abendrealschulleiter, Gemeinderat. Auch hier weiß ich von einer ebenfalls belieferten Elternbeirätin, dass Sinn und Notwendigkeit nicht verstanden werden.

Was will ich damit sagen: Wenn wir in der Bürgerschaft für Gebührenerhöhungen und/oder Abbau von Leistungen, Verständnis erwarten wollen, dürfen solche Dinge nicht sein.

Herr Gangl hat einen guten Haushalt vorgelegt, klare Analysen vorgetragen und die Schwerpunkte für dieses Jahr richtig gesetzt. Sein Team hat eine sehr gute Leistung erbracht – dafür vielen Dank!

Jetzt sind Verwaltungsspitze und Gemeinderat am Zug!

Denn: die Entwicklungsmöglichkeiten und Potentiale, von denen Herr Gangl gesprochen hat, können nur in einer Neustruktur der Verwaltung und des Vermögens der Stadt Siedelungen liegen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Hans Grau